

Abgabenordnung: AO

Klein

18. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-81874-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Klein
Abgabenordnung



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Abgabenordnung

einschließlich Steuerstrafrecht

Bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

Rechtsanwältin

Prof. Dr. Markus Jäger

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Dr. Philipp Maetz

Richter am Finanzgericht

Bernd Rätke

Vorsitzender Richter am Finanzgericht

Dr. Eckart Ratschow

Richter am Bundesfinanzhof

Reinhart Rüsken

Rechtsanwalt,
Richter am Bundesfinanzhof a. D.

Prof. Dr. Francesca Werth

Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof

Begründet von

Prof. Dr. Franz Klein †

Präsident des Bundesfinanzhof a. D.

Gerd Orlopp †

Ministerialrat im Bundesministerium der
Finanzen a. D.

18., völlig neubearbeitete Auflage 2024



C.H. BECK

Zitierweise:

Klein/Gersch AO § 1 Rz. 1
Klein/Jäger AO § 369 Rz. 1
Klein/Maetz AO § 30 Rz. 1
Klein/Rätke AO § 16 Rz. 1
Klein/Ratschow AO § 37 Rz. 1
Klein/Rüsken AO § 33 Rz. 1
Klein/Werth AO § 218 Rz. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 81874 5

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 18. Auflage

Seit dem Jahr 2022 erscheint der *Klein* jährlich, so dass wir nun ein Jahr nach dem Erscheinen der 17. Auflage im Jahr 2023 die 18. Auflage vorlegen können. Die Umstellung auf eine jährliche Erscheinungsweise war insbesondere der gesetzgeberischen Aktivität im Bereich der AO in den letzten Jahren geschuldet. Denn der Gesetzgeber hat immer mehr neue Regelungen in die AO aufgenommen, die nicht zum klassischen Kern des Verfahrensrechts gehören; genannt seien hier die umfangreichen Meldepflichten bei internationalen Steuergestaltungen, der Datenschutz oder die zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe.

Die Arbeiten an der Neuauflage zeigen, dass die Entscheidung zugunsten einer jährlichen Erscheinungsweise richtig war. So war es aus Gründen der Aktualität geboten, die wichtigen Änderungen, die sich aus dem zum 1.1.2024 in Kraft getretenen Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) vom 10.8.2021 (BGBl. 2021 I 3436) ergeben, in der aktuellen Auflage zu kommentieren. Die verfahrensrechtlichen Folgen des MoPeG sollten eigentlich durch das Wachstumschancengesetz umgesetzt werden; da es im Gesetzgebungsverfahren aber zum Streit über die geplanten materiell-steuerlichen Regelungen kam, wurden die – unstreitigen – verfahrensrechtlichen Änderungen im Kreditweitmarktförderungsgesetz vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 411) vorgenommen, das kurzerhand für steuerliche Zwecke „zweckentfremdet“ wurde. Kernstück dieser verfahrensrechtlichen Änderungen ist der neue § 14a AO, der die Personengesellschaften unter dem Begriff der Personenvereinigung definiert und zwischen rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen unterscheidet. Die konkreten verfahrensrechtlichen Folgen aus dem MoPeG ergeben sich dann im Einzelnen bei der Erklärungsspflicht der Personenvereinigung für die gesonderte Feststellung nach § 181 AO n.F., bei der Bekanntgabe der gesonderten und einheitlichen Feststellung nach § 183 AO n.F. und dem neu eingefügten § 183a AO sowie bei der Einspruchsbefugnis gegen Bescheide über die gesonderte und einheitliche Feststellung gemäß § 352 AO n. F. Das Kreditweitmarktförderungsgesetz hat zudem auch noch die Einführung eines neuen § 14b AO mit sich gebracht, der die Bekanntgabe von Verwaltungsakten an eine Körperschaft mit Sitz im Ausland und Ort der Geschäftsleitung im Inland regelt.

Neben dem Kreditweitmarktförderungsgesetz wurden auch alle weiteren Gesetzesänderungen bis zum 31.7.2024 berücksichtigt. Hierzu zählt etwa das Wachstumschancengesetz vom 27.3.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 108), durch das z. B. das internationale Risikobewertungsverfahren in § 89b AO sowie die zwischenstaatliche Amtshilfe mit Drittstaaten in § 117e AO eingeführt wurde. Zudem ist der bereits im Jahr 2020 eingeführte, aber erst zum 1.1.2024 in Kraft getretene § 60b AO, der das Zuwendungsempfängerregister im Bereich der Gemeinnützigkeit betrifft, mit Wirkung zum 28.3.2024 geändert worden. Zu erwähnen ist ferner das Gesetz zur Modernisierung des Postrechts (PostModG) vom 15.7.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236), das mit Wirkung vom 1.1.2025 u. a. die Bekanntgabefrist für Bescheide von drei Tagen auf vier Tage nach Aufgabe zur Post verlängert. Der Gesetzgeber reagiert damit auf eine Schwachstelle in der Infrastruktur der Bundesrepublik, ohne dass die Mängel bei der Briefzustellung beseitigt werden. Aus produktionstechnischen Gründen konnte die Kommentierung in dieser Hinsicht jedoch lediglich auf Basis der letzten Gesetzesentwürfe und nicht auf der vom Gesetzgeber final verabschiedeten Fassung des PostModG erfolgen. Ferner ist das Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten vom 15.7.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 237) zu nennen, das zu einer Änderung des § 30 AO geführt hat. Verabschie-

Vorwort

det wurde schließlich auch das Gesetz zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes vom 19.7.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 245), das Neuerungen der §§ 139b und 139c AO enthält.

Nicht übersehen werden sollte, dass der Gesetzgeber immer öfter dazu übergeht, den Zeitpunkt des Inkrafttretens eines neuen Gesetzes deutlich nach hinten zu verlegen, so dass verabschiedete Gesetze für längere Zeit noch nicht anwendbar sind. Als Autoren sehen wir uns hier in der Verpflichtung, das neue Gesetz bereits in der nächstfolgenden Auflage zu kommentieren, da sich Steuerzahler, Berater und Finanzverwaltung auf die Neuregelung einstellen müssen. Dementsprechend gewinnt in der aktuellen 18. Auflage die Kommentierung der Neuregelungen zur Außenprüfung, die durch das sog. DAC7-Umsetzungsgesetz vom 20.12.2022 (BGBl. 2022 I 2730) eingeführt worden sind, ab 2025 an Bedeutung, weil die Neuregelungen nach Art. 97 § 37 II bis IV EGAO grundsätzlich ab 1.1.2025 anwendbar sind. Auch die Wirtschaftsidentifikationsnummer, die bereits seit vielen Jahren in § 139c AO gesetzlich verankert worden ist, soll nach einem Entwurf des BMF zur Wirtschafts-Identifikationsnummerverordnung nun endlich im Herbst 2024 eingeführt und zugeteilt werden.

Die aktuelle Auflage berücksichtigt die neueste Rechtsprechung, BMF-Schreiben und Schreiben der Landesfinanzbehörden sowie die einschlägige Literatur, die in der gewohnten Qualität ausgewertet und kommentiert werden. Unter den wichtigen BFH-Entscheidungen sind beispielhaft die Urteile zur Anwendbarkeit des unionsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes (BFH 29.8.2023 – VII R 1/23 (VII R 44/19), BFH/NV 2024, 325), zur Schätzungsbefugnis bei objektiv manipulierbaren Registrierkassen (BFH 28.11.2023 – X R 3/22, BStBl. II 2024, 329) oder zur Bedeutung einer in der Vollmachtsdatenbank hinterlegten Vollmacht (BFH 8.11.2023 – II R 19/21, BFH/NV 2024, 203) zu erwähnen.

Komentierungen zu älteren Gesetzesfassungen nehmen wir aus Gründen der Übersichtlichkeit und des Platzes aus dem gedruckten Werk heraus. Als Leser können Sie die Kommentierungen ab der 10. Auflage aber weiterhin unter [beck-online.beck.de](https://www.beck-online.de) (Rubrik „weitere Auflagen“) abrufen, sofern Sie über ein Abonnement eines entsprechenden Online-Moduls verfügen.

Nun bereits schon zum dritten Mal dabei ist unser Lektor Herr *Andreas Goederle*, der maßgeblichen Anteil an der Qualität dieses Kommentars und am pünktlichen Erscheinen hat. Er hat insbesondere alle Gesetzesänderungen und gesetzgeberischen Aktivitäten im Blick, liest unsere Kommentierungen aufmerksam und kritisch und sorgt so dafür, dass wir den Qualitätsanspruch des *Klein* erfüllen können. Wir danken ihm ganz herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit!

Wie bei jeder Neuauflage kommt auch am Schluss dieses Vorwortes eine Bitte an Sie, geschätzte Leser: Sollten Sie Fehler bemerken oder Anregungen und Kritik äußern wollen, sind wir dafür sehr dankbar und bitten Sie, hierfür die E-Mail-Adresse Steuerrecht@beck.de zu nutzen. Vielen Dank im Voraus!

Im August 2024

Die Autoren

Vorwort zur 1. Auflage

Die erste grundlegende Änderung der RAO von 1919 durch die AO 1977 macht es notwendig, daß alle Erläuterungswerke zur AO völlig neu bearbeitet werden müssen. In der bei den Juristen bekannten Reihe Beck'scher Kurzerläuterungen der Gerichts- und Verwaltungsverfahrenswissenschaften wird mit der Kommentierung der AO eine wesentliche Lücke für den steuerberatenden Beruf geschlossen. Die Autoren waren bemüht, ein handliches Erläuterungswerk für den täglichen Gebrauch in der Praxis zu schaffen, das sich an Art und Systematik der vorliegenden bewährten Bände der Reihe orientiert.

Bei den Erläuterungen wurde die Begründung des Gesetzentwurfs (BT-Drucks. VI/1982) und der schriftliche Bericht (BT-Drucks. VII/4292) soweit wie möglich aufgenommen. Die gerichtlichen Entscheidungen sind so ausgewählt, daß möglichst nur jeweils die letzte oder die wichtigste zitiert wurde, über die dann der Benutzer zu den früheren Entscheidungen finden kann. Da die Erlasse, Richtlinien und allgemeinen Verwaltungsanweisungen noch einer umfassenden Überprüfung bedürfen, ob und inwieweit sie unter der Geltung der AO 1977 überarbeitet und neu erlassen werden sollen, haben es die Verfasser auf sich genommen, die in den Verwaltungsanweisungen etc. niedergelegten Rechtsgrundsätze auf ihre Vereinbarkeit mit der AO zu überprüfen und, soweit sie als fortgeltend anzusehen sind, bei den betreffenden Bestimmungen in die Erläuterungen eingearbeitet. Die zur Ergänzung der RAO erlassene Beitreibungsordnung ist durch das Einführungsgesetz zur AO 1977 ausdrücklich aufgehoben worden. Eine neue Beitreibungsordnung ist in Vorbereitung.

Der Einführungserlaß zur AO 1977 wurde, soweit erforderlich, bei den einzelnen Paragraphen eingearbeitet und zum Teil im Wortlaut eingefügt.

Das ganze Werk ist von Grund auf neu erstellt und wird eventuell noch bestehende Verbesserungsmöglichkeiten gern in den weiteren Auflagen berücksichtigen. Die Bearbeitung entspricht dem Stande vom Februar 1977 und hat die in der Diskussion befindlichen Verwaltungsanordnungen soweit als möglich berücksichtigt.

Dem Verlag sind wir für die vortreffliche Betreuung und für viele Anregungen zu großem Dank verpflichtet.

Es haben bearbeitet die Paragraphen 1–3, 218–368 Ministerialdirektor Dr. Franz Klein, die Einführung sowie die Paragraphen 4–217 und 369–415 Ministerialrat Gerd Orlopp.

Bonn, im März 1977

Die Verfasser

Bearbeiterverzeichnis

Es wurden bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

§§ 1–15, Vor 51–68

Prof. Dr. Markus Jäger

Vor §§ 369–415

Dr. Philipp Maetz

§§ 29b–32j, 193–207

Bernd Rätke

§§ 16–29a, 78–117e, 134–154, Vor 347–368

Dr. Eckart Ratschow

§§ 37–49, 118–129, 179–190

Reinhart Rüsken

§§ 33–36, 50, 69–77, 130–133, 155–178a, 191–192, 208–217

Prof. Dr. Francesca Werth

§§ 218–346

Hinweise:

Lücken bei den Randziffern bzw. gelegentliche Randziffernsprünge sind *bewusst gesetzt*, damit notwendige Ergänzungen in späteren Auflagen nicht eine Änderung *aller* Randziffern der betreffenden Kommentierung erforderlich machen.

Die **Komentierungen ab der 10. Auflage** sind im Rahmen der Online-Version des „Klein“ weiterhin unter beck-online.beck.de (Rubrik „weitere Auflagen“) abrufbar, sofern Sie über ein Abonnement eines entsprechenden Online-Moduls verfügen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 18. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Bearbeiterverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Erster Teil

Einleitende Vorschriften

Erster Abschnitt. Anwendungsbereich	3
§ 1 Anwendungsbereich	3
§ 2 Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen	8
§ 2a Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten	12
Zweiter Abschnitt. Steuerliche Begriffsbestimmungen	15
§ 3 Steuern, steuerliche Nebenleistungen	15
§ 4 Gesetz	29
§ 5 Ermessen	51
§ 6 Behörden, öffentliche und nicht-öffentliche Stellen, Finanzbehörden	60
§ 7 Amtsträger	63
§ 8 Wohnsitz	64
§ 9 Gewöhnlicher Aufenthalt	74
§ 10 Geschäftsleitung	76
§ 11 Sitz	78
§ 12 Betriebstätte	79
§ 13 Ständiger Vertreter	89
§ 14 Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	91
§ 14a Personenvereinigungen	101
§ 14b Körperschaften mit Sitz im Ausland	103
§ 15 Angehörige	104
Dritter Abschnitt. Zuständigkeit der Finanzbehörden	108
§ 16 Sachliche Zuständigkeit	108
§ 17 Örtliche Zuständigkeit	110
§ 18 Gesonderte Feststellungen	113
§ 19 Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	119
§ 20 Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen	126
§ 20a Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	128
§ 21 Umsatzsteuer	132
§ 22 Realsteuern	133
§ 22a Zuständigkeit auf dem Festlandsockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone	135
§ 23 Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchsteuern	136
§ 24 Ersatzzuständigkeit	138
§ 25 Mehrfache örtliche Zuständigkeit	139
§ 26 Zuständigkeitswechsel	140
§ 27 Zuständigkeitsvereinbarung	146
§ 28 Zuständigkeitsstreit	149
§ 29 Gefahr im Verzug	150

§ 29a Unterstützung des örtlich zuständigen Finanzamts auf Anweisung der vorgesetzten Finanzbehörde	150
Vierter Abschnitt. Verarbeitung geschützter Daten und Steuer- geheimnis	151
§ 29b Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden	151
§ 29c Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu anderen Zwecken	158
§ 30 Steuergeheimnis	163
§ 30a [aufgehoben]	201
§ 31 Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	201
§ 31a Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmisbrauchs	204
§ 31b Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	207
§ 31c Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu statistischen Zwecken	211
Fünfter Abschnitt. Haftungsbeschränkung für Amtsträger	212
§ 32 Haftungsbeschränkung für Amtsträger	212
Sechster Abschnitt. Rechte der betroffenen Person	216
§ 32a Informationspflicht der Finanzbehörde bei Erhebung personenbezogener Daten bei betroffenen Personen	216
§ 32b Informationspflicht der Finanzbehörde, wenn personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	218
§ 32c Auskunftsrecht der betroffenen Person	220
§ 32d Form der Information oder Auskunftserteilung	223
§ 32e Verhältnis zu anderen Auskunfts- und Informationszugangsansprüchen	224
§ 32f Recht auf Berichtigung und Löschung, Widerspruchsrecht	224
Siebter Abschnitt. Datenschutzaufsicht, Gerichtlicher Rechtsschutz in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten	226
§ 32g Datenschutzbeauftragte der Finanzbehörden	226
§ 32h Datenschutzrechtliche Aufsicht, Datenschutz-Folgenabschätzung	227
§ 32i Gerichtlicher Rechtsschutz	229
§ 32j Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission	232

**Zweiter Teil
Steuerschuldrecht**

Erster Abschnitt. Steuerpflichtiger	235
§ 33 Steuerpflichtiger	235
§ 34 Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter	242
§ 35 Pflichten des Verfügungsberechtigten	248
§ 36 Erlöschen der Vertretungsmacht	251
Zweiter Abschnitt. Steuerschuldverhältnis	252
§ 37 Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	252
§ 38 Entstehung der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	274
§ 39 Zurechnung	282
§ 40 Gesetz- oder sittenwidriges Handeln	305
§ 41 Unwirksame Rechtsgeschäfte	309
§ 42 Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	318

§ 43	Steuerschuldner, Steuervergütungsgläubiger	354
§ 44	Gesamtschuldner	355
§ 45	Gesamtrechtsnachfolge	361
§ 46	Abtretung, Verpfändung, Pfändung	367
§ 47	Erlöschen	377
§ 48	Leistung durch Dritte, Haftung Dritter	381
§ 49	Verschollenheit	382
§ 50	Erlöschen und Unbedingtwerden der Verbrauchsteuer, Übergang der bedingten Verbrauchsteuerschuld	382
Dritter Abschnitt. Steuerbegünstigte Zwecke		383
<i>Vor § 51</i>		<i>383</i>
§ 51	Allgemeines	391
§ 52	Gemeinnützige Zwecke	401
§ 53	Mildtätige Zwecke	426
§ 54	Kirchliche Zwecke	431
§ 55	Selbstlosigkeit	433
§ 56	Ausschließlichkeit	448
§ 57	Unmittelbarkeit	450
§ 58	Steuerlich unschädliche Betätigungen	456
§ 58a	Vertrauensschutz bei Mittelweitergaben	465
§ 59	Voraussetzung der Steuervergünstigung	467
§ 60	Anforderungen an die Satzung	470
§ 60a	Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen	474
§ 60b	Zuwendungsempfängerregister	478
§ 61	Satzungsmäßige Vermögensbindung	481
§ 62	Rücklagen und Vermögensbildung	484
§ 63	Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung	491
§ 64	Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	498
§ 65	Zweckbetrieb	504
§ 66	Wohlfahrtspflege	512
§ 67	Krankenhäuser	515
§ 67a	Sportliche Veranstaltungen	519
§ 68	Einzelne Zweckbetriebe	526
Vierter Abschnitt. Haftung		535
§ 69	Haftung der Vertreter	535
§ 70	Haftung des Vertretenen	566
§ 71	Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers	569
§ 72	Haftung bei Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit	574
§ 72a	Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden	576
§ 73	Haftung bei Organschaft	577
§ 74	Haftung des Eigentümers von Gegenständen	581
§ 75	Haftung des Betriebsübernehmers	586
§ 76	Sachhaftung	593
§ 77	Duldungspflicht	596
 Dritter Teil Allgemeine Verfahrensvorschriften 		
Erster Abschnitt. Verfahrensgrundsätze		599
1. Unterabschnitt. Beteiligung am Verfahren		599
§ 78	Beteiligte	599
§ 79	Handlungsfähigkeit	601
§ 80	Bevollmächtigte und Beistände	606

§ 80a	Elektronische Übermittlung von Vollmachtsdaten an Landesfinanzbehörden	620
§ 81	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen	623
2.	Unterabschnitt. Ausschließung und Ablehnung von Amtsträgern und anderen Personen	625
§ 82	Ausgeschlossene Personen	625
§ 83	Besorgnis der Befangtheit	627
§ 84	Ablehnung von Mitgliedern eines Ausschusses	628
3.	Unterabschnitt. Besteuerungsgrundsätze, Beweismittel	629
I.	Allgemeines	629
§ 85	Besteuerungsgrundsätze	629
§ 86	Beginn des Verfahrens	635
§ 87	Amtssprache	635
§ 87a	Elektronische Kommunikation	637
§ 87b	Bedingungen für die elektronische Übermittlung von Daten an Finanzbehörden	646
§ 87c	Nicht amtliche Datenverarbeitungsprogramme für das Besteuerungsverfahren	647
§ 87d	Datenübermittlungen an Finanzbehörden im Auftrag	648
§ 87e	Ausnahmeregelung für Einfuhr- und Ausfuhrabgaben, Verbrauchsteuern und die Luftverkehrsteuer	650
§ 88	Untersuchungsgrundsatz	650
§ 88a	Sammlung von geschützten Daten	667
§ 88b	Länderübergreifender Abruf und Verwendung von Daten zur Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von Steuerverkürzungen	669
§ 88c	Informationsaustausch über kapitalmarktbezogene Gestaltungen	670
§ 89	Beratung, Auskunft	671
§ 89a	Vorabverständigungsverfahren	689
§ 89b	Internationale Risikobewertungsverfahren	700
§ 90	Mitwirkungspflichten der Beteiligten	706
§ 91	Anhörung Beteiligter	723
§ 92	Beweismittel	730
II.	Beweis durch Auskünfte und Sachverständigengutachten	732
§ 93	Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	732
§ 93a	Allgemeine Mitteilungspflichten	753
§ 93b	Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	758
§ 93c	Datenübermittlung durch Dritte	761
§ 93d	Verordnungsermächtigung	767
§ 94	Eidliche Vernehmung	768
§ 95	Versicherung an Eides statt	770
§ 96	Hinzuziehung von Sachverständigen	773
III.	Beweis durch Urkunden und Augenschein	775
§ 97	Vorlage von Urkunden	775
§ 98	Einnahme des Augenscheins	779
§ 99	Betreten von Grundstücken und Räumen	779
§ 100	Vorlage von Wertsachen	783
IV.	Auskunfts- und Vorlageverweigerungsrechte	783
§ 101	Auskunfts- und Eidesverweigerungsrecht der Angehörigen	783
§ 102	Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse	785
§ 103	Auskunftsverweigerungsrecht bei Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit	791
§ 104	Verweigerung der Erstattung eines Gutachtens und der Vorlage von Urkunden	794

§ 105	Verhältnis der Auskunfts- und Vorlagepflicht zur Schweigepflicht öffentlicher Stellen	798
§ 106	Beschränkung der Auskunfts- und Vorlagepflicht bei Beeinträchtigung des staatlichen Wohls	799
V.	Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	799
§ 107	Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	799
4.	Unterabschnitt. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung	801
§ 108	Fristen und Termine	801
§ 109	Verlängerung von Fristen	807
§ 110	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	810
5.	Unterabschnitt. Rechts- und Amtshilfe	837
§ 111	Amtshilfepflicht	837
§ 112	Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	841
§ 113	Auswahl der Behörde	843
§ 114	Durchführung der Amtshilfe	843
§ 115	Kosten der Amtshilfe	844
§ 116	Anzeige von Steuerstraftaten	844
§ 117	Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuer Sachen	846
§ 117a	Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	907
§ 117b	Verwendung von den nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates übermittelten Daten	912
§ 117c	Umsetzung innerstaatlich anwendbarer völkerrechtlicher Vereinbarungen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten	913
§ 117d	Statistiken über die zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilfe	917
§ 117e	Besondere Formen der Amtshilfe mit Drittstaaten	918
Zweiter Abschnitt. Verwaltungsakte	920
§ 118	Begriff des Verwaltungsakts	920
§ 119	Bestimmtheit und Form des Verwaltungsakts	936
§ 120	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	951
§ 121	Begründung des Verwaltungsakts	954
§ 122	Bekanntgabe des Verwaltungsakts	958
§ 122a	Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruf	988
§ 123	Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	990
§ 124	Wirksamkeit des Verwaltungsakts	992
§ 125	Nichtigkeit des Verwaltungsakts	995
§ 126	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	1001
§ 127	Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	1005
§ 128	Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsakts	1008
§ 129	Offenbare Unrichtigkeiten beim Erlass eines Verwaltungsakts	1011
§ 130	Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts	1026
§ 131	Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsakts	1039
§ 132	Rücknahme, Widerruf, Aufhebung und Änderung im Rechtsbehelfsverfahren	1043
§ 133	Rückgabe von Urkunden und Sachen	1045

Vierter Teil Durchführung der Besteuerung

Erster Abschnitt. Erfassung der Steuerpflichtigen	1047
1. Unterabschnitt. Personenstands- und Betriebsaufnahme		1047
§ 134 bis § 136 [aufgehoben]		1047

2. Unterabschnitt. Anzeigepflichten	1047
§ 137 Steuerliche Erfassung von Körperschaften, Vereinigungen und Vermögenmassen	1047
§ 138 Anzeigen über die Erwerbstätigkeit	1048
§ 138a Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen	1059
§ 138b Mitteilungspflicht Dritter über Beziehungen inländischer Steuerpflichtiger zu Drittstaat-Gesellschaften	1067
§ 138c Verordnungsermächtigung	1072
§ 138d Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	1073
§ 138e Kennzeichen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	1086
§ 138f Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Intermediäre	1097
§ 138g Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Nutzer	1105
§ 138h Mitteilungen bei marktfähigen grenzüberschreitenden Steuergestaltungen	1107
§ 138i Information der Landesfinanzbehörden	1108
§ 138j Auswertung der Mitteilungen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	1109
§ 138k Angabe der grenzüberschreitenden Steuergestaltung in der Steuererklärung	1110
§ 139 Anmeldung von Betrieben in besonderen Fällen	1111
3. Unterabschnitt. Identifikationsmerkmal	1111
§ 139a Identifikationsmerkmal	1111
§ 139b Identifikationsnummer	1113
§ 139c Wirtschafts-Identifikationsnummer	1123
§ 139d Verordnungsermächtigung	1129
Zweiter Abschnitt. Mitwirkungspflichten	1129
1. Unterabschnitt. Führung von Büchern und Aufzeichnungen	1129
§ 140 Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach anderen Gesetzen ..	1129
§ 141 Buchführungspflicht bestimmter Steuerpflichtiger	1135
§ 142 Ergänzende Vorschriften für Land- und Forstwirte	1142
§ 143 Aufzeichnung des Wareneingangs	1142
§ 144 Aufzeichnung des Warenausgangs	1144
§ 145 Allgemeine Anforderungen an Buchführung und Aufzeichnungen	1146
§ 146 Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen ..	1151
§ 146a Ordnungsvorschrift für die Buchführung und für Aufzeichnungen mittels elektronischer Aufzeichnungssysteme; Verordnungsermächtigung	1188
§ 146b Kassen-Nachschau	1200
§ 147 Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	1205
§ 147a Vorschriften für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen und Unterlagen bestimmter Steuerpflichtiger	1228
§ 147b Verordnungsermächtigung zur Vereinheitlichung von digitalen Schnittstellen	1239
§ 148 Bewilligung von Erleichterungen	1239
2. Unterabschnitt. Steuererklärungen	1241
§ 149 Abgabe der Steuererklärungen	1241
§ 150 Form und Inhalt der Steuererklärungen	1252
§ 151 Aufnahme der Steuererklärung an Amtsstelle	1268
§ 152 Verspätungszuschlag	1269
§ 153 Berichtigung von Erklärungen	1289
3. Unterabschnitt. Kontenwahrheit	1299
§ 154 Kontenwahrheit	1299

Dritter Abschnitt. Festsetzungs- und Feststellungsverfahren	1306
1. Unterabschnitt. Steuerfestsetzung	1306
I. Allgemeine Vorschriften	1306
§ 155 Steuerfestsetzung	1306
§ 156 Absehen von der Steuerfestsetzung	1324
§ 157 Form und Inhalt der Steuerbescheide	1325
§ 158 Beweiskraft der Buchführung	1331
§ 159 Nachweis der Treuhänderschaft	1335
§ 160 Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern	1338
§ 161 Fehlmengen bei Bestandsaufnahmen	1344
§ 162 Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	1346
§ 163 Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen	1367
§ 164 Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung	1385
§ 165 Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung der Steuerfestsetzung	1398
§ 166 Drittwirkung der Steuerfestsetzung	1415
§ 167 Steueranmeldung, Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern	1419
§ 168 Wirkung einer Steueranmeldung	1423
II. Festsetzungsverjährung	1426
§ 169 Festsetzungsfrist	1426
§ 170 Beginn der Festsetzungsfrist	1438
§ 171 Ablaufhemmung	1449
III. Bestandskraft	1481
§ 172 Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1481
§ 173 Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel	1498
§ 173a Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung	1528
§ 174 Widerstreitende Steuerfestsetzungen	1530
§ 175 Änderung von Steuerbescheiden auf Grund von Grundlagenbeschei- den und bei rückwirkenden Ereignissen	1550
§ 175a Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	1573
§ 175b Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte	1574
§ 176 Vertrauensschutz bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1576
§ 177 Berichtigung von materiellen Fehlern	1590
IV. Kosten	1595
§ 178 Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Zollbehörden	1595
§ 178a [aufgehoben]	1597
2. Unterabschnitt. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Festsetzung von Steuermessbeträgen	1597
I. Gesonderte Feststellungen	1597
§ 179 Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1597
§ 180 Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1609
§ 181 Verfahrensvorschriften für die gesonderte Feststellung, Feststellungs- frist, Erklärungspflicht	1633
§ 182 Wirkungen der gesonderten Feststellung	1644
§ 183 Bekanntgabe bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung ge- genüber rechtsfähigen Personenvereinigungen	1652
§ 183a Empfangsbevollmächtigte bei der gesonderten und einheitlichen Fest- stellung bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und in sonsti- gen Fällen	1658
II. Festsetzung von Steuermessbeträgen	1664
§ 184 Festsetzung von Steuermessbeträgen	1664

3. Unterabschnitt. Zerlegung und Zuteilung	1669
§ 185 Geltung der allgemeinen Vorschriften	1669
§ 186 Beteiligte	1670
§ 187 Akteneinsicht	1671
§ 188 Zerlegungsbescheid	1671
§ 189 Änderung der Zerlegung	1672
§ 190 Zuteilungsverfahren	1674
4. Unterabschnitt. Haftung	1674
§ 191 Haftungsbescheide, Duldungsbescheide	1674
§ 192 Vertragliche Haftung	1707
Vierter Abschnitt. Außenprüfung	1708
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1708
§ 193 Zulässigkeit einer Außenprüfung	1708
§ 194 Sachlicher Umfang einer Außenprüfung	1717
§ 195 Zuständigkeit	1727
§ 196 Prüfungsanordnung	1731
§ 197 Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	1738
§ 198 Ausweispflicht, Beginn der Außenprüfung	1744
§ 199 Prüfungsgrundsätze	1745
§ 200 Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	1746
§ 200a Qualifiziertes Mitwirkungsverlangen	1751
§ 201 Schlussbesprechung	1754
§ 202 Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts	1756
§ 203 Abgekürzte Außenprüfung	1758
§ 203a Außenprüfung bei Datenübermittlung durch Dritte	1760
2. Unterabschnitt. Verbindliche Zusagen auf Grund einer Außenprüfung	1760
§ 204 Voraussetzung der verbindlichen Zusage	1760
§ 205 Form der verbindlichen Zusage	1766
§ 206 Bindungswirkung	1767
§ 207 Außerkräfttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	1768
Fünfter Abschnitt. Steuerfahndung (Zollfahndung)	1769
§ 208 Steuerfahndung (Zollfahndung)	1769
§ 208a Steuerfahndung des Bundeszentralamts für Steuern	1785
Sechster Abschnitt. Steueraufsicht in besonderen Fällen	1786
§ 209 Gegenstand der Steueraufsicht	1786
§ 210 Befugnisse der Finanzbehörde	1787
§ 211 Pflichten der betroffenen Person	1791
§ 212 Durchführungsvorschriften	1791
§ 213 Besondere Aufsichtsmaßnahmen	1792
§ 214 Beauftragte	1793
§ 215 Sicherstellung im Aufsichtsweg	1794
§ 216 Überführung in das Eigentum des Bundes	1796
§ 217 Steuerhilfspersonen	1798
Fünfter Teil	
Erhebungsverfahren	
Erster Abschnitt. Verwirklichung, Fälligkeit und Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1799
1. Unterabschnitt. Verwirklichung und Fälligkeit von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1799

§ 218	Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1799
§ 219	Zahlungsaufforderung bei Haftungsbescheiden	1811
§ 220	Fälligkeit	1813
§ 221	Abweichende Fälligkeitsbestimmung	1815
§ 222	Stundung	1816
§ 223	[aufgehoben]	1822
2.	Unterabschnitt. Zahlung, Aufrechnung, Erlass	1822
§ 224	Leistungsart, Tag der Zahlung	1822
§ 224a	Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs statt	1825
§ 225	Reihenfolge der Tilgung	1827
§ 226	Aufrechnung	1828
§ 227	Erlass	1844
3.	Unterabschnitt. Zahlungsverjährung	1850
§ 228	Gegenstand der Verjährung, Verjährungsfrist	1850
§ 229	Beginn der Verjährung	1852
§ 230	Hemmung der Verjährung	1854
§ 231	Unterbrechung der Verjährung	1855
§ 232	Wirkung der Verjährung	1861
Zweiter Abschnitt. Verzinsung, Säumniszuschläge	1862
1.	Unterabschnitt. Verzinsung	1862
§ 233	Grundsatz	1862
§ 233a	Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen	1864
§ 234	Stundungszinsen	1880
§ 235	Verzinsung von hinterzogenen Steuern	1884
§ 236	Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge	1889
§ 237	Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung	1895
§ 238	Höhe und Berechnung der Zinsen	1900
§ 239	Festsetzung der Zinsen	1906
2.	Unterabschnitt. Säumniszuschläge	1910
§ 240	Säumniszuschläge	1910
Dritter Abschnitt. Sicherheitsleistung	1921
<i>Vor §§ 241 ff.</i>	1921
§ 241	Art der Sicherheitsleistung	1922
§ 242	Wirkung der Hinterlegung von Zahlungsmitteln	1926
§ 243	Verpfändung von Wertpapieren	1926
§ 244	Taugliche Steuerbürgen	1927
§ 245	Sicherheitsleistung durch andere Werte	1929
§ 246	Annahmewerte	1929
§ 247	Austausch von Sicherheiten	1930
§ 248	Nachschusspflicht	1930

Sechster Teil Vollstreckung

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften	1933
<i>Vor § 249</i>	1933
§ 249	Vollstreckungsbehörden	1934
§ 250	Vollstreckungersuchen	1938
§ 251	Vollstreckbare Verwaltungsakte	1939
§ 252	Vollstreckungsgläubiger	1952
§ 253	Vollstreckungsschuldner	1952
§ 254	Voraussetzungen für den Beginn der Vollstreckung	1952

§ 255	Vollstreckung gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts	1955
§ 256	Einwendungen gegen die Vollstreckung	1956
§ 257	Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung	1957
§ 258	Einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung	1959
Zweiter Abschnitt. Vollstreckung wegen Geldforderungen		1963
1.	Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1963
§ 259	Mahnung	1963
§ 260	Angabe des Schuldgrundes	1964
§ 261	Niederschlagung	1965
§ 262	Rechte Dritter	1966
§ 263	Vollstreckung gegen Ehegatten oder Lebenspartner	1972
§ 264	Vollstreckung gegen Nießbraucher	1976
§ 265	Vollstreckung gegen Erben	1977
§ 266	Sonstige Fälle beschränkter Haftung	1981
§ 267	Vollstreckungsverfahren gegen Personenvereinigungen	1984
2.	Unterabschnitt. Aufteilung einer Gesamtschuld	1985
	Vor §§ 268ff.	1985
§ 268	Grundsatz	1985
§ 269	Antrag	1986
§ 270	Allgemeiner Aufteilungsmaßstab	1988
§ 271	Aufteilungsmaßstab für die Vermögensteuer	1988
§ 272	Aufteilungsmaßstab für Vorauszahlungen	1989
§ 273	Aufteilungsmaßstab für Steuernachforderungen	1990
§ 274	Besonderer Aufteilungsmaßstab	1990
§ 275	[aufgehoben]	1991
§ 276	Rückständige Steuer, Einleitung der Vollstreckung	1991
§ 277	Vollstreckung	1993
§ 278	Beschränkung der Vollstreckung	1993
§ 279	Form und Inhalt des Aufteilungsbescheids	1995
§ 280	Änderung des Aufteilungsbescheids	1997
3.	Unterabschnitt. Vollstreckung in das bewegliche Vermögen	1998
I.	Allgemeines	1998
§ 281	Pfändung	1998
§ 282	Wirkung der Pfändung	1999
§ 283	Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen	2001
§ 284	Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners	2001
II.	Vollstreckung in Sachen	2013
§ 285	Vollziehungsbeamte	2013
§ 286	Vollstreckung in Sachen	2014
§ 287	Befugnisse des Vollziehungsbeamten	2016
§ 288	Zuziehung von Zeugen	2020
§ 289	Zeit der Vollstreckung	2021
§ 290	Aufforderungen und Mitteilungen des Vollziehungsbeamten	2021
§ 291	Niederschrift	2022
§ 292	Abwendung der Pfändung	2023
§ 293	Pfand- und Vorzugsrechte Dritter	2024
§ 294	Ungetrennte Früchte	2025
§ 295	Unpfändbarkeit von Sachen	2027
§ 296	Verwertung	2030
§ 297	Aussetzung der Verwertung	2031
§ 298	Versteigerung	2032
§ 299	Zuschlag	2033

§ 300	Mindestgebot	2035
§ 301	Einstellung der Versteigerung	2036
§ 302	Wertpapiere	2036
§ 303	Namenspapiere	2037
§ 304	Versteigerung ungetrennter Früchte	2038
§ 305	Besondere Verwertung	2038
§ 306	Vollstreckung in Ersatzteile von Luftfahrzeugen	2039
§ 307	Anschlusspfändung	2039
§ 308	Verwertung bei mehrfacher Pfändung	2040
III.	Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	2043
§ 309	Pfändung einer Geldforderung	2043
§ 310	Pfändung einer durch Hypothek gesicherten Forderung	2051
§ 311	Pfändung einer durch Schiffshypothek oder Registerpfandrecht an einem Luftfahrzeug gesicherten Forderung	2053
§ 312	Pfändung einer Forderung aus indossablen Papieren	2054
§ 313	Pfändung fortlaufender Bezüge	2054
§ 314	Einziehungsverfügung	2055
§ 315	Wirkung der Einziehungsverfügung	2057
§ 316	Erklärungspflicht des Drittschuldners	2058
§ 317	Andere Art der Verwertung	2060
§ 318	Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung von Sachen	2061
§ 319	Unpfändbarkeit von Forderungen	2063
§ 320	Mehrfache Pfändung einer Forderung	2081
§ 321	Vollstreckung in andere Vermögensrechte	2083
4.	Unterabschnitt. Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	2086
§ 322	Verfahren	2086
§ 323	Vollstreckung gegen den Rechtsnachfolger	2091
5.	Unterabschnitt. Arrest	2092
§ 324	Dinglicher Arrest	2092
§ 325	Aufhebung des dinglichen Arrestes	2098
§ 326	Persönlicher Sicherheitsarrest	2098
6.	Unterabschnitt. Verwertung von Sicherheiten	2100
§ 327	Verwertung von Sicherheiten	2100
Dritter Abschnitt. Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen		2101
1.	Unterabschnitt. Vollstreckung wegen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen	2101
Vor § 328	2101
§ 328	Zwangsmittel	2102
§ 329	Zwangsgeld	2104
§ 330	Ersatzvornahme	2105
§ 331	Unmittelbarer Zwang	2105
§ 332	Androhung der Zwangsmittel	2106
§ 333	Festsetzung der Zwangsmittel	2107
§ 334	Ersatzzwangshaft	2108
§ 335	Beendigung des Zwangsverfahrens	2109
2.	Unterabschnitt. Erzwingung von Sicherheiten	2110
§ 336	Erzwingung von Sicherheiten	2110
Vierter Abschnitt. Kosten		2110
§ 337	Kosten der Vollstreckung	2110
§ 338	Gebührenarten	2111
§ 339	Pfändungsgebühr	2111

§ 340	Wegnahmegebühr	2112
§ 341	Verwertungsgebühr	2113
§ 342	Mehrheit von Schuldnern	2114
§ 343	[weggefallen]	2115
§ 344	Auslagen	2115
§ 345	Reisekosten und Aufwandsentschädigungen	2116
§ 346	Unrichtige Sachbehandlung, Festsetzungsfrist	2116

Siebenter Teil

Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren

<i>Vor §§ 347ff.</i>	2119
----------------------------	------

Erster Abschnitt. Zulässigkeit

§ 347	Statthaftigkeit des Einspruchs	2121
§ 348	Ausschluss des Einspruchs	2127
§ 349	[weggefallen]	2130
§ 350	Beschwer	2130
§ 351	Bindungswirkung anderer Verwaltungsakte	2138
§ 352	Einspruchsbefugnis bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung	2145
§ 353	Einspruchsbefugnis des Rechtsnachfolgers	2153
§ 354	Einspruchsverzicht	2154

Zweiter Abschnitt. Verfahrensvorschriften

§ 355	Einspruchsfrist	2157
§ 356	Rechtsbehelfsbelehrung	2161
§ 357	Einlegung des Einspruchs	2164
§ 358	Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	2170
§ 359	Beteiligte	2171
§ 360	Hinzuziehung zum Verfahren	2172
§ 361	Aussetzung der Vollziehung	2180
§ 362	Rücknahme des Einspruchs	2200
§ 363	Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	2203
§ 364	Offenlegung der Besteuerungsunterlagen	2211
§ 364a	Erörterung des Sach- und Rechtsstands	2212
§ 364b	Fristsetzung	2214
§ 365	Anwendung von Verfahrensvorschriften	2219
§ 366	Form, Inhalt und Erteilung der Einspruchsentscheidung	2222
§ 367	Entscheidung über den Einspruch	2226
§ 368	[weggefallen]	2237

Achter Teil

**Straf- und Bußgeldvorschriften,
Straf- und Bußgeldverfahren**

Erster Abschnitt. Strafvorschriften

<i>Vor §§ 369ff.</i>	2239	
§ 369	Steuerstraftaten	2239
§ 370	Steuerhinterziehung	2241
§ 370a	[aufgehoben]	2375
§ 371	Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	2376
§ 372	Bannbruch	2412
§ 373	Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel	2415
§ 374	Steuerhehlerei	2426
§ 375	Nebenfolgen	2437

§ 375a [aufgehoben]	2441
§ 376 Verfolgungsverjährung	2441
Zweiter Abschnitt. Bußgeldvorschriften	2454
§ 377 Steuerordnungswidrigkeiten	2454
§ 378 Leichtfertige Steuerverkürzung	2459
§ 379 Steuergefährdung	2467
§ 380 Gefährdung der Abzugsteuern	2475
§ 381 Verbrauchsteuergefährdung	2477
§ 382 Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben	2479
§ 383 Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungs- ansprüchen	2483
§ 383a [aufgehoben]	2484
§ 383b Pflichtverletzung bei Übermittlung von Vollmachtsdaten	2484
§ 384 Verfolgungsverjährung	2486
§ 384a Verstöße nach Artikel 83 Absatz 4 bis 6 der Verordnung (EU) 2016/679	2487
Dritter Abschnitt. Strafverfahren	2488
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	2488
§ 385 Geltung von Verfahrensvorschriften	2488
§ 386 Zuständigkeit der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2497
§ 387 Sachlich zuständige Finanzbehörde	2500
§ 388 Örtlich zuständige Finanzbehörde	2502
§ 389 Zusammenhängende Strafsachen	2504
§ 390 Mehrfache Zuständigkeit	2504
§ 391 Zuständiges Gericht	2505
§ 392 Verteidigung	2508
§ 393 Verhältnis des Strafverfahrens zum Besteuerungsverfahren	2513
§ 394 Übergang des Eigentums	2530
§ 395 Akteneinsicht der Finanzbehörde	2532
§ 396 Aussetzung des Verfahrens	2533
2. Unterabschnitt. Ermittlungsverfahren	2537
I. Allgemeines	2537
§ 397 Einleitung des Strafverfahrens	2537
§ 398 Einstellung wegen Geringfügigkeit	2542
§ 398a Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen	2544
II. Verfahren der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2553
§ 399 Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2553
§ 400 Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	2581
§ 401 Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Verfahren	2585
III. Stellung der Finanzbehörde im Verfahren der Staatsanwaltschaft	2587
§ 402 Allgemeine Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2587
§ 403 Beteiligung der Finanzbehörde	2588
IV. Steuer- und Zollfahndung	2589
§ 404 Steuer- und Zollfahndung	2589
V. Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2597
§ 405 Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2597
3. Unterabschnitt. Gerichtliches Verfahren	2598
§ 406 Mitwirkung der Finanzbehörde im Strafbefehlsverfahren und im selbständigen Verfahren	2598
§ 407 Beteiligung der Finanzbehörde in sonstigen Fällen	2598

4. Unterabschnitt. Kosten des Verfahrens	2600
§ 408 Kosten des Verfahrens	2600
Vierter Abschnitt. Bußgeldverfahren	2601
<i>Vor § 409</i>	2601
§ 409 Zuständige Verwaltungsbehörde	2602
§ 410 Ergänzende Vorschriften für das Bußgeldverfahren	2602
§ 411 Bußgeldverfahren gegen Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer	2609
§ 412 Zustellung, Vollstreckung, Kosten	2610
Neunter Teil	
Schlussvorschriften	
§ 413 Einschränkung von Grundrechten	2613
§ 414 (<i>gegenstandslos</i>)	2613
§ 415 (<i>Inkrafttreten</i>)	2613
Anlage: Mustersatzung zu § 60	2614
Sachverzeichnis	2617

